

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 20 (1979)  
**Heft:** 17

**Artikel:** Stalin an Hitler : "Unsere Freundschaft ist mit Blut besiegelt" : vor 40 Jahren begann Hitler den Zweiten Weltkrieg dank sowjetischer Unterstützung  
**Autor:** Revesz, Laszlo  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094815>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

**Vor 40 Jahren begann Hitler den Zweiten Weltkrieg  
dank sowjetischer Unterstützung**

# Stalin an Hitler: «Unsere Freundschaft ist mit Blut besiegelt»

**Laszlo Revesz zum Kriegsbündnis zwischen Nationalsozialismus  
und Sowjetsozialismus**

**Am 1. September 1939 löste Hitler mit seinem Einmarsch in Polen den Weltkrieg aus. Er konnte das tun, weil er mit der Sowjetunion verbündet war. Diese überfiel Polen ihrerseits und teilte das Land brüderlich mit dem Dritten Reich. Gleichzeitig verwies die nationalsozialistische «Neuordnung Europas» das Baltikum in die sowjetische Einflussphäre – und Moskau hat seine diesbezüglichen Verträge mit den Nazis bis heute nicht widerrufen! Somit besteht in Osteuropa immer noch die Ungeheuerlichkeit einer hitlerfaschistischen Territorialordnung. – Prof. Revesz ruft hier die Fakten ins Gedächtnis.**

Es heisst im «Bericht über die Beratung der Sekretäre der ZK der Bruderparteien der sozialistischen Länder» vom 3. bis 5. Juli 1979 in Ostberlin u. a.: «Es ist wichtig, die Weltöffentlichkeit über die Friedensinitiativen der Länder der sozialistischen Gemeinschaft (...) umfassend zu informieren.» Im Kampf gegen die Verleumdungskampagne der bürgerlichen Propaganda müssten der 40. Jahrestag des Kriegsausbruches und der 35. Jahrestag des Sieges über den Faschismus ausgenützt werden.

Bald könnte man meinen, die Sowjetführung sei «Opfer» ihrer eigenen Friedenspropaganda und Geschichtsfälschung! Jene Teile der eigenen Geschichte, die für die momentane Sowjetpolitik ungünstig sind, werden in allen Werken einfach totgeschwiegen. Umsonst sucht man in den offiziellen sowjetischen Dokumentensammlungen nach unzähligen Verträgen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Charakters, die 1939–1941 zwischen Hitlerdeutschland und der UdSSR geschlossen worden sind. Diese will man verschweigen, als ob sie nicht existiert hätten. Der Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 wird zwar angeführt, aber ohne den wichtigsten Teil, das Geheimprotokoll.

Angesichts der erwähnten merkwürdigen Friedenspropaganda, die auch den Kriegsausbruch vor 40 Jahren umfassen soll, wird es um so

nötiger, auf die tatsächlichen Ereignisse vor 40 Jahren hinzuweisen. Dann sieht man ganz klar, dass Frieden in sowjetischer Theorie und Praxis erst dann Frieden ist, wenn er der UdSSR dient. «Moralisch ist, was dem Kommunismus nützt und dem Gegner schadet», schrieb Lenin, und der jeweiligen sowjetischen Friedenspolitik liegt diese These mit all ihrer praktischen Folgen zweifelsohne auch heute zugrunde.

### **Nichtangriffspakt**

Im August und September 1939 wurde die UdSSR vor die Alternative gestellt: Landgewinn oder Frieden; Einhaltung der (auf ihre Initiative geschlossenen) internationalen Verträge (1920/21 und 1932/33) oder ihre rücksichtslose Verletzung im Interesse momentaler politischer Ziele; Fortsetzung der (vom 7. Kominternkongress 1935 auf sowjetischen Antrag hin beschlossenen) antifaschistischen Kampagne oder einseitige Versöhnung und sogar Zusammengehen mit Hitlerdeutschland im Interesse einer grossen Expansionspolitik; Verhinderung des Zweiten Weltkrieges oder Ermutigung Hitlers zur Auslösung dieses Krieges. Die Sowjetführung entschied sich eindeutig für Landgewinn, für Vertragsbrüche, für die Unterstützung Hitlers. Ohne diese Politik hätte Hitler weder Polen 1939 noch die Weststaaten 1940 überfallen können.

Der am 23. August 1939 hinter dem Rücken der Westmächte in Moskau abgeschlossene Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und Hitlerdeutschland war de facto ein Bündnis. Er sah nicht nur Konsultationen in Fragen von gegenseitigem Interesse vor, sondern schloss auch jede Beteiligung an internationalen Bündnissen aus, die gegen den anderen vertragsschliessenden Partner gerichtet wären.

Das geheime Zusatzprotokoll bestimmte die Teilung Polens zwischen den beiden Mächten und erklärte Osteuropa, das Baltikum und Finnland zur sowjetischen Interessensphäre.

Die spätere sowjetische Fachliteratur schiebt die Verantwortung für diesen Vertrag und seine Folgen den Westmächten in die Schuhe. Sie seien nicht bereit gewesen, mit der Sowjetunion ehrlich und aufrichtig zu verhandeln und ihr gegen Deutschland eine wirksame Unterstützung zu garantieren; sie hätten zwischen den beiden Mächten einen Krieg provozieren wollen, um ihre Einflussphäre ausdehnen zu können.

Für die Sowjetführung war der 23. August lediglich der provisorische Höhepunkt eines schon vorher eingeleiteten politischen Kurswechsels, notabene hinter dem Rücken der kommunistischen Weltbewegung.

Schon Anfang 1939 erklärte Stalin auf dem 18. Kongress, die UdSSR wolle Frieden mit allen Ländern, und beschuldigte die Westmächte, einen Krieg zwischen der Sowjetunion und Hitlerdeutschland anzustreben. Anschliessend kritisierte er «manche» Sowjetbürger, die die provokatorischen Absichten der Westmächte nicht bemerkt hätten und sich von einem «primitiven Antifaschismus» (!) mitreissen liessen.

Schon damals stellte Stalin die Frage *gutnachbarlicher* Beziehungen (!) zwischen der UdSSR und Hitlerdeutschland. Am 21. August 1939 schrieb der Sowjetdiktator an Hitler:

«Das Einverständnis der deutschen Regierung mit dem Abschluss eines Nichtangriffspaktes

schafft die Grundlage (...) für Frieden und Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern.»

Die «Prawda» würdigte am 24. August 1939 diesen Vertrag mit folgenden Worten: «Der zwischen der Sowjetunion und Deutschland abgeschlossene Nichtangriffspakt (...) ist ein Dokument von grösster Bedeutung. Es veranschaulicht die folgerichtige Friedenspolitik der Sowjetunion.»

Es gab noch keinen internationalen Vertrag in der Geschichte der UdSSR, der so schnell ratifiziert worden wäre wie jener vom 23. August. Sofort wurde der Oberste Sowjet einberufen, und am 31. August erfolgte schon die Ratifizierung!

Molotow, Vorsitzender des Volkskommissarenrates (Regierungschef), erklärte in seinem langen und sofort veröffentlichten Referat u. a.:

«Der Abschluss des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspaktes beweist, dass sich die historische Voraussicht des Genossen Stalin glänzend bewahrheitet hat. (...)

(Einige) stellen naiv die Frage: Wie konnte die Sowjetunion ihre politischen Beziehungen zu einem Staat faschistischen Typs verbessern? Ist das möglich? Diese Leute vergessen, dass es sich nicht um unser Verhältnis zur inneren Ordnung eines anderen Staates, sondern um die ausserpolitischen Beziehungen zwischen zwei Staaten handelt. Die Sowjetunion hat ein Abkommen über Nichtangriff und Neutralität mit dem faschistischen Italien. Niemandem ist es bis dahin in den Sinn gekommen, sich gegen dieses Abkommen zu äussern. (...) Wir haben Nichtangriffspakte auch mit Polen und einigen anderen Ländern, deren halbfaschistisches System jedermann bekannt ist (...) Die Sowjetunion wollte schon vorher Schritte unternehmen, um die politischen Beziehungen zu Deutschland zu verbessern.»

Molotow würdigte anschliessend den Vertrag noch positiver als die «Prawda» eine Woche zuvor. Er sagte an jenem 31. August:

«Der 23. August 1939 muss als ein Datum grosser historischer Bedeutung angesehen werden. Der Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und Deutschland ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas, und nicht nur Europas!»

**Ueberfall auf Polen**

Am nächsten Tag überfiel Hitlerdeutschland Polen ohne Kriegserklärung, und damit brach der Zweite Weltkrieg aus. Es besteht kein Zweifel daran, dass ohne den Pakt eine Woche zuvor kein Krieg möglich gewesen wäre; auch später waren es allein die sowjetischen Öl- und Rohstofflieferungen, die es Hitler ermöglichten, den Krieg gegen die Weststaaten vorzubereiten und durchzuführen. Am 5. September 1939 sprach schon der sowjetische Kurzwellsender in Moskau von einem «gemeinsamen Kampf mit unseren deutschen Brüdern» (!).

Bald mobilisierte auch die Sowjetunion ihre Streitkräfte und überfiel am 17. September — ohne Kriegserklärung — ihrerseits den polnischen Staat. Dies trotz Friedensvertrag vom 18. März 1929 — in dem die damalige RSFSR Polens Grenzen und Souveränität «für ewige Zeiten» anerkannt hatte — und Nichtangriffspakt vom 5. Juli 1932, der auf sowjetische Initiative hin abgeschlossen worden war. Artikel 1 dieses Vertrages verbot als «Gewaltakt» jede

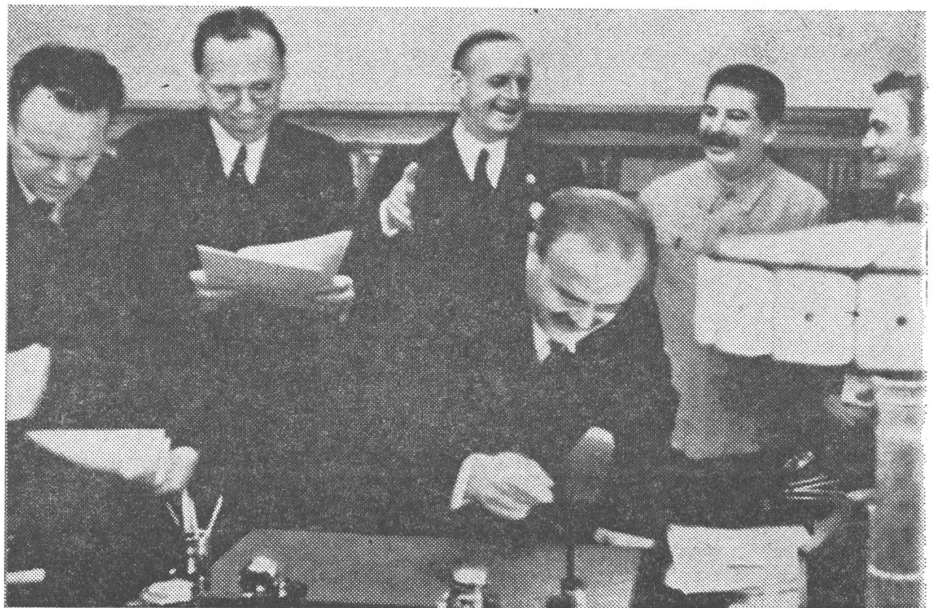
Handlung, welche «die Integrität und Unantastbarkeit des Territoriums oder der politischen Unabhängigkeit des anderen vertragsschliessenden Partners verletzt, auch wenn diese Handlungen ohne Kriegserklärung und unter Vermeidung sämtlicher für einen Krieg möglicher Symptome erfolgen sollten».

In seiner Radioansprache vom frühen 17. September rechtfertigte Molotow das sowjetische Vorgehen so:

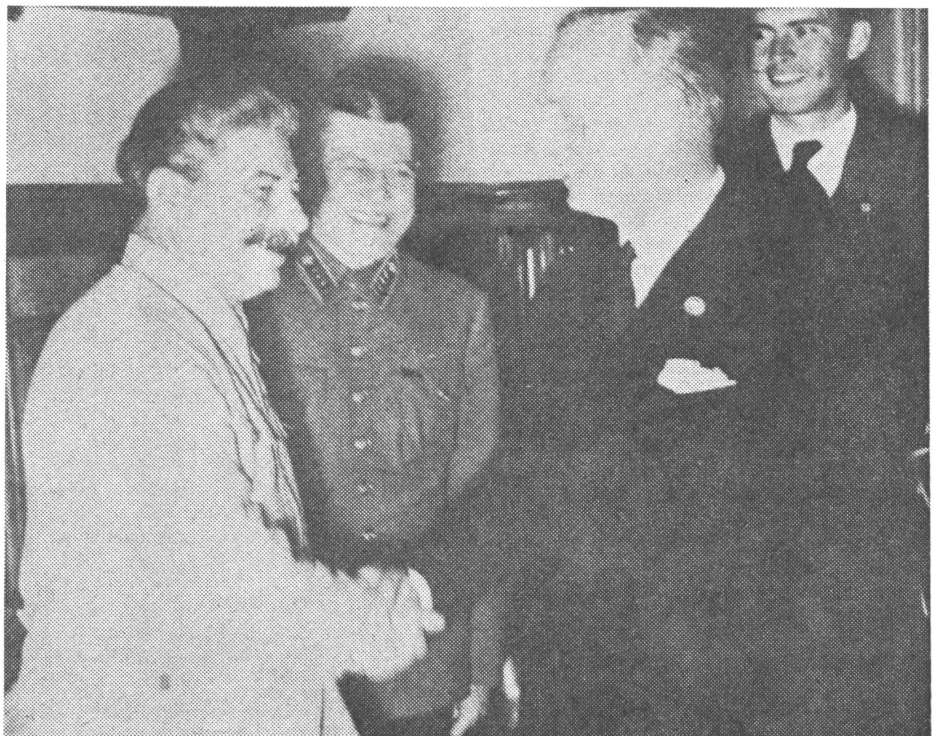
«Die Rote Armee überschritt am 17. September 1939 die Grenze... (und) erfüllte ehrenhaft ihre grosse Befreiungsaufgabe... Der polnische Staat und die polnische Regierung haben praktisch zu existieren aufgehört. Infolgedessen gilt

der zwischen der UdSSR und Polen unterzeichnete Vertrag nicht mehr. Die UdSSR muss für die Sicherheit ihres Staates sorgen. Von der Sowjetregierung kann man nicht verlangen, dass sie gegenüber dem Schicksal der blutsverwandten (edinokrownyj) Ukrainer und Weissrussen, die in Polen leben und sich früher in der Lage rechtsloser Nationen befanden, nun aber ihrem Schicksal überlassen wurden, gleichgültig bleibe. Die Sowjetregierung erachtet es als ihre heilige Pflicht, ihren Brüdern — den Ukrainern und Weissrussen —, die in Polen leben, die Hand zu reichen.»

Falsch war nebenbei auch die Unterstellung von Kampflosigkeit, da die polnischen Truppen ih-



23. August 1939: Molotow unterschreibt den Pakt...



... und Stalin beglückwünscht den Reichsaussenminister Ribbentrop.

ren erbitterten und heldenhaften Widerstand gegen ihre verbündeten Feinde, Nazis und Kommunisten, erst Ende September, einigenorts sogar erst Anfang Oktober einstellten.

### Das geplante Genozid am polnischen Volk

Am 25. September 1939 fand in Brest-Litowsk, wo 31 Jahre früher der sowjetisch-deutsche Friedensvertrag (eher eine Art Waffenstillstandsabkommen) unterzeichnet worden war, eine gemeinsame deutsch-sowjetische Militärparade zu Ehren des Sieges statt — auf den Trümmern des seiner Selbständigkeit erneut beraubten polnischen Staates.

Am 28. September wurde das Geheimprotokoll vom 23. August in der Form eines «Grenz- und Freundschaftsvertrags» bestätigt, und damit war die vierte Teilung Polens besiegelt. Es heisst in der Einführung zum Vertrag:

«Die deutsche Reichsregierung und die Regierung der Sowjetunion betrachten es nach dem Auseinanderfallen des bisherigen polnischen Staates *ausschliesslich* (Hervorhebung von LR) als ihre Aufgabe, in diesem Gebiete die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und den dort lebenden Völkern ein ihrer völkischen Eigenart entsprechendes friedliches Dasein zu sichern . . .»

Im Artikel 4 wurde prinzipiell folgendes festgehalten: «Die deutsche Reichsregierung und die Regierung der Sowjetunion betrachten die vorstehende Regelung als ein sicheres Fundament für eine fortschreitende Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Völkern.»

Am gleichen Tag erliessen die beiden Regierungen auch eine gemeinsame Erklärung:

«Nachdem die Reichsregierung und die Regierung der Sowjetunion durch die heute unterzeichnete Vereinbarung endgültig die sich aus der Auflösung des polnischen Staates ergebende Frage geregelt und damit eine sichere Grundlage für einen dauerhaften Frieden in Osteuropa geschaffen haben, geben sie gemeinsam der Meinung Ausdruck, dass es den wahren Interessen aller Nationen entsprechen würde, den zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits bestehenden Kriegszustand zu beendigen. Die beiden Regierungen werden deshalb gemeinsame Bemühungen unternehmen, gegebenenfalls im Einvernehmen mit anderen befreundeten Mächten, um möglichst rasch zu einem Ziel zu gelangen. Sollten jedoch die Bemühungen der beiden Regierungen erfolglos bleiben, so würde damit die Tatsache festgestellt, dass *England und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sind.*» (Hervorhebung von LR)

Stalin schrieb nach Beendigung der Kämpfe in Polen an Hitler: «Unsere Freundschaft ist mit Blut besiegelt.»

Stalins Worte geben die Wahrheit wider: Die Sowjetsozialisten waren den Nationalsozialisten an Blutrünstigkeit ebenbürtig.

Der Schreibende erwähnt aus eigener Erinnerung:

Zu mir, ihrem ehemaligen Studienkameraden, flüchteten Ende September und Oktober 1939 mehrere polnische Freunde nach Ungarn. Unter den Gästen meiner Familie war auch ein ehemaliger polnischer Schüler aus Lemberg, der die damals noch für die Ungarn unvorstellbare

Grausamkeit der sowjetischen Besatzungstruppen und besonders des Sicherheitsdienstes (NKWD) schilderte:

Es waren die polnischen Schüler im Alter von 14 bis 18 Jahren, die nach der Besetzung Lembergs versuchten, Widerstand zu leisten. Sie wurden teils liquidiert, teils in die Sowjetunion deportiert (wie die ungarischen Schüler 17 Jahre später!). Ihm sei es gelungen, nach einer abenteuerlichen Flucht die ungarische Grenze zu erreichen. Von seiner Familie hatte der 15jährige keine Nachricht. Kein Brief, kein Lebenszeichen! Seine verzweifelten Briefe wurden wahrscheinlich von den Politorganen der sowjetischen Besatzungsmacht beschlagnahmt.

Von 15 000 der etwa 250 000 polnischen Kriegsgefangenen konnte die UdSSR zwei Jahre später keine Information erteilen. Sie waren in der Zwischenzeit spurlos verschwunden. Nur die Leichen von 4443 Mann — hauptsächlich Offizieren — wurden später bei Katyn, 20 km westlich von Smolensk, in Massengräbern aufgefunden.

1939—1941 wurde mehr als ein Viertel der polnischen Bevölkerung aus den annektierten Gebieten in die Sowjetunion deportiert, verhaftet, hingerichtet oder im Rahmen einer «Werbung» für Arbeitskräfte nach Russland verschleppt.

### Die sowjetische Expansionspolitik

Stalins Bestrebung konzentrierte sich zunächst auf die *Wiederherstellung der Grenzen des zaristischen Russlands*, auf die Rückgewinnung der nach dem Ersten Weltkrieg verlorenen zaristischen Gebiete. Später wollte er aber noch mehr.



In Brest-Litowsk schloss sich die deutsch-sowjetische Zange gegen Polen. Hier begegneten einander der reichsdeutsche Panzergeneral Guderian und der sowjetische General Kriwoschin als Waffenbrüder.

Die sowjetisch-deutschen Verträge verwiesen Osteuropa, Baltikum und Finnland in die sowjetische Interessensphäre. Stalin ergriff schon gegen Ende September und Anfang Oktober 1939 die Möglichkeit, die Zurückeroberung des Baltikums und Finnlands — trotz «ewiger Friedensverträge» von 1920 und Nichtangriffspakten mit diesen Staaten von 1932 — vorzubereiten.

Den baltischen Staaten wurden Beistandspakte, verbunden mit der Besetzung «strategisch wichtiger Punkte» ihrer Länder durch die Sowjettruppen, aufgezwungen, was den Weg zur Einverleibung dieser Länder in die Sowjetunion im Sommer 1940 ebnete. Die Annexion war wieder mit der Deportation eines Teils der Bevölkerung des Baltikums in die Ostregionen der UdSSR verbunden. Nach dem «Ultimatumkrieg» vom Juni 1940 eroberten sich die Sowjets auch Bessarabien von Rumänien.

Finnland weigerte sich, den Beistandspakt zu unterzeichnen, und auf seinem Gebiet sowjetische Stützpunkte einrichten zu lassen. Am 30. November 1939 wurde es «folglich» trotz ewigen Friedensvertrages und gültigen Nichtangriffspaktes ohne Kriegserklärung von Sowjettruppen überfallen. Am 1. Dezember entstand in *Moskau* eine Finnische Volksrepublik mit dem kommunistischen Emigranten Kuusinen an der Spitze, und der Beistandspakt wurde mit *dieser* Republik abgeschlossen!

Gegen Ende 1940 war es schon klar, dass auch die UdSSR von der Revisionspolitik — d. h. der Herstellung der alten Grenzen — in eine Expansionspolitik übergehen wollte; später als Hitler, aber mit den gleichen Methoden! Die Vereinbarungen von 1939 galten den Sowjetführern nur als erste Etappe, die 1940 schon überholt war. Es wurden sowjetischerseits immer neue Forderungen gestellt, weshalb sich die Beziehungen zwischen den beiden Räubermächten immer mehr abkühlten. Nach dem 22. Juni 1941 — dem deutschen Ueberfall auf die UdSSR — gab sich hingegen die Sowjetunion als Kriegssopfer und später beinahe als der alleinige Sieger im Krieg gegen Hitlerdeutschland aus.

### Ungültigkeit der hitlerischen Territorialverträge

Am 40. Jahrestag des Kriegsausbruchs taucht die Frage der Gültigkeit der Hitler-Stalin-Pakte und der Rechtmässigkeit der sich auf diese stützenden sowjetischen Territorialverträge und Gewalthandlungen auf. Wenn der das Schicksal der Tschechoslowakei besiegelnde Münchener Vertrag vom 29. September 1938 von sowjetischer und tschechoslowakischer Seite offiziell als «ex tunc ungültig» erklärt wird (Art. 6 des sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrages vom 6. Mai 1970), dann müssen logischerweise alle oben erwähnten Verträge und Territorialänderungen als ex tunc ungültig erklärt werden. Die Territorialverträge und die Eroberung grosser fremder Gebiete durch die Sowjetunion ergaben sich ausdrücklich und eindeutig aus den Hitler-Stalin-Pakten. Wenn Territorialverträge mit Hitler definitionsgemäss ungültig sind, darf es keine Ausnahmen geben.

Da der Sowjetunion ein Junktim zwischen der Annullierung des Münchener Vertrages und der übrigen ähnlichen Verträge nicht einmal in den Sinn kommt, scheint Theodor Schweisfurths Feststellung einmal mehr bekräftigt zu sein: ▶

# Sozialismus und Nationalsozialismus

Das Wort «Totalitarismus» ist bei vielen Leuten nicht genehm, denn Totalitarismus ist das, was Nationalsozialismus und Kommunismus gemeinsam haben. Aber auch das Wort «Nationalsozialismus» selbst wird von den gleichen Leuten verdrängt; sie sagen lieber «Hitlerfaschismus». Aber Hitlers Bewegung nannte sich nun einmal «Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei».

Es ergibt sich somit, dass Hitlerfaschismus derjenige Faschismus ist, der sich selber sozialistisch nennt.

Wortklauerei? Nein. Man würde sich im kommunistenfreundlichen Sektor der Namensgleichheit nicht so systematisch entziehen, wenn sie nichts zu bedeuten hätte. Tatsächlich ist die Verwandtschaft zwischen den beiden totalitären Systemen gross. Sie zeigt sich in der Gleichheit der Machtausübung. Und sie zeigt sich — weniger bekannt — auch in ideologischen Affinitäten.

Die Zeitschrift «student» (Würzburg) hat in ihrer Julinummer daran erinnert. Wir bringen ihren Text gekürzt.

Die Vermeidung des Wortes «Nationalsozialismus» durch Sozialisten und Kommunisten erfolgt keineswegs zufällig. Vielmehr zeigt sich hier die Angst davor, dass, ausgehend von der peinlichen Namensübereinstimmung, Parallelen zwischen sozialistischer und nationalsozialistischer Weltanschauung gezogen werden.

● Ebenso wie den (kommunistisch regierten) sozialistischen Staaten von heute lag auch dem NS-Staat eine offizielle Ideologie zugrunde, die einen glücklichen Endzustand für alle Volksgenossen

«Nach den allgemeinen Grundsätzen des Marxismus-Leninismus kann eine Bindung des Sowjetstaates an die getroffene Vereinbarung mit den Staaten des gegnerischen Klassensystems nicht anderes bedeuten als eine durch äussere Umstände verursachte und als unumgängliche erkannte Verzögerung auf dem Wege zur Beseitigung dieses Systems.»

Es ist daher fraglich, ob der Westen irgendwelche Vereinbarungen mit der UdSSR eingehen kann. Wann immer die weltrevolutionären Intentionen der UdSSR mit der Treue zum internationalen Vertrag in Konflikt kämen, würde die Interessenabwägung auch in Zukunft zu Ungunsten der letzteren ausfallen: das Sendungsbewusstsein zur Weltherrschaft geht vor dem gegebenen Wort. Moralisch ist, was dem Kommunismus nützt — wie schon zitiert.

**Quellen:**

Die Quellen zu diesem Artikel befinden sich in folgenden Werken:

**Philipp W. Fabry:** «Die Sowjetunion und das Dritte Reich. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1933 bis 1941». Stuttgart 1971. S. 77 ff., 124 ff., 269, 426 usw.

**Laszlo Revesz:** «Europäische Sicherheitskonferenz und sowjetische Völkerrechtslehre». SOI-Sonderdruck 2. Bern 1972, S. 52—56.

**Laszlo Revesz:** «Volk aus 100 Nationalitäten. Die sowjetische Minderheitenfrage». SOI-Verlag Bern 1979, S. 187—213.

proklamierte. Die jeweilig herrschende Ideologie wird als einzig richtige angesehen, so dass für abweichende Ansichten kein Raum sein kann. Intoleranz gehört beim Sozialismus mit wie ohne Vorsilbe zu den Merkmalen.

● In beiden Systemen liegt die politische Führung bei einer Massenpartei, die das gesamte staatliche und gesellschaftliche System beherrscht. Nicht einmal das Führerprinzip war eine Besonderheit des nationalsozialistischen Staates, wenn es auch heute (in den sozialistischen Ländern) in der Regel nicht mehr so ausgeprägt ist wie während der Stalin-Aera.

● Typisch für beide Spielarten totalitärer Herrschaftsform ist weiterhin die möglichst lückenlose Erfassung aller Bürger in staatlich gesteuerten Massenorganisationen. An die Stelle der Hitler-Jugend trat (in der DDR) die sogenannte Freie Deutsche Jugend (FDJ), die Aufgaben der früheren Reichsarbeitsfront übernimmt drüben weitgehend der sogenannte Freie Deutsche Gewerkschaftsbund.

● Ein besonderes Markenzeichen des Dritten

Reiches, nämlich der Militarismus, ist heute nirgends so ausgeprägt (wie im Sowjetlager).

● In allen sozialistischen Staaten gibt es auch Behörden, die man als Gegenstück zur Gestapo ansehen kann (KGB in der UdSSR, SSD in der DDR).

(«student» weist noch auf die sowjetische Behandlung von Juden und Judenstaat hin.)



Aber nicht allein in der Praxis zeigen sich Ähnlichkeiten. Auch im Gedankengut lassen sich wesentliche Gemeinsamkeiten feststellen.

Beide politischen Richtungen verbindet eine tiefgreifende Abneigung gegen eine privatwirtschaftlich organisierte, kapitalistische Wirtschaftsordnung.

Sozialisten konstruieren ebenso wie Nationalsozialisten zwischen unternehmerischem Gewinnstreben und einer Bedarfsdeckung des Volkes einen Gegensatz, der notwendigerweise eine Ueberwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erfordert.

Mit Teilen des Parteiprogramms der NSDAP von 1920, in dem

- die Verstaatlichung aller Betriebe,
- die Kommunalisierung der Grosswarenhäuser,
- die Abschaffung des «arbeits- und mühelosen Einkommens» und
- eine umfassende Bodenreform bei unentgeltlicher Enteignung von Grundstücken zum Wohle des Volksganzen

gefordert werden, könnte sich jeder Kommunist und mancher Jungsozialist mühelos identifizieren. Wenn die Nationalsozialisten ihrem Programm auch nicht in allen Punkten treu blieben, war doch das Wirtschaftssystem des Dritten Reiches einem sozialistischen (staatliches Oberkommando) ähnlicher als einem marktwirtschaftlichen.

(In der heutigen DDR) wurde aber nach 1945 das Wirtschaftsprogramm der NSDAP in vollem Umfang verwirklicht.

Eine hervorragende Stellung nimmt, wenn auch nur in der Theorie, bei nationalistischen wie bei marxistischen Sozialisten der «Arbeiter- und Bauernstand» ein.

Es waren die Nationalsozialisten, die (in Deutschland) den 1. Mai als Tag der Arbeit zum gesetzlichen Feiertag erklärten, als welcher er bisher jede Entnazifizierung überstanden hat.



Unter Brüdern. Karikatur aus «student», Würzburg.